

Olga Reznikova

Zeit für einen Positivismustreit 2.0 in der EKW

Die Frage nach einer angemessenen emanzipatorischen Praxis ist zentral für unsere Gegenwart. Bei der Suche nach gesellschaftlichen Antworten abseits revisionistischer, Verschwörungs- und nationalistischer Ideologien sind allerdings nicht nur die politischen Gruppen und die organisierte Linke auf Erfahrungen und Reflexionen aus der Vergangenheit angewiesen, auch kritische Wissenschaftler_innen aus verschiedenen Disziplinen suchen politische Verortung durch Bezugnahme auf die ein oder andere Fachtradition. Oft werden dabei die jeweiligen Prozesse in der eigenen Disziplin als Depolitisierung kritisiert, und es wird für eine engere Kooperation mit (linken) aktivistischen Bewegungen plädiert. Dieses Wiederbeleben der eingreifenden wissenschaftlichen Praxis ist zunächst sehr verständlich. Die Abgrenzung von der Beschwörung des Bestehenden als das einzig Denkbare und die Warnung vor der reaktionären Revolte erscheinen heute sehr nötig. Es ist erst einmal logisch, dass diejenigen Akademiker_innen, die soziale Gerechtigkeit und Emanzipation für erstrebenswert halten, ihre wissenschaftliche Praxis auch als eine politische Intervention verstehen und sich um eine Kooperation mit Aktivist_innen bzw. mit den von Ungerechtigkeit Betroffenen bemühen. Doch trotz der historischen Bedingtheit weckt diese Hinwendung auch Unbehagen.

Erstens findet sie heute statt, während einer tiefen Krise des emanzipatorischen Projekts in einer sich rasant faschisierenden¹ Gesellschaft. In ihrer eigenen (politischen wie akademischen) Orientierungslosigkeit in den sich verändernden Kräfteverhältnissen ignorieren Wissenschaftler_innen oft, dass linke politische Arbeit gesellschaftlich an Bedeutung verliert und Aktivist_innen immer mehr Zuflucht an den Universitäten suchen (vor allem, weil sich die politischen Kräfteverhältnisse immer weiter nach rechts verschieben und andere Handlungsfelder oft verschlossen bleiben). So ergibt sich ein merkwürdiges Bild: Linke Bewegungen akademisieren sich immer mehr und gleichzeitig setzen kritische Geisteswissenschaften zunehmend auf die Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen.

Zweitens findet das Bekenntnis vieler Lehrender und Forschender zur politischen bzw. engagierten Wissenschaft und die vielfache Diagnose einer Depolitisierung der wissenschaftlichen Praxis in einem Moment statt, in dem Universitäten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen selbst hoch politisiert sind. Es ist m. E. zwar richtig, die Universität als einen Ort zu denken, an dem auch Politik verhandelt wird.

1 Die Betonung der Prozesshaftigkeit erlaubt es, mit dem Begriff der „Faschisierung“ besser die historischen Umstände zu beschreiben, in denen die von Gramsci beschriebenen „pathologischen Symptome“ auftreten und die liberale Demokratie zu kippen beginnt, anstatt sich auf den Punkt des Sieges des Faschismus zu konzentrieren.

Doch wenn die akademische Autorität in ihrem Selbstverständnis vordergründig und explizit für das Stützen politischer Positionen genutzt wird, führt das auch politisch in eine Sackgasse.

Nehmen wir als Beispiel eine der zentralen Aufgaben der Wissenschaft: Kritik. Diese stützt sich nicht zuletzt auf Zensur, wie Geoffroy de Lagasnerie überzeugend argumentiert und dabei Zensur als Gegenbegriff zur Idee der Autonomie der Wissenschaft bei Derrida nutzt. Die Geisteswissenschaften, welche die in der politischen und gesellschaftlichen Praxis entwickelten Hypothesen im Namen der Wahrheit zensieren, bewerten und daraus eine Gesellschaftskritik ableiten, können u. a. den sozialen progressiven Bewegungen oft Argumente für die politische Praxis liefern. In dem Moment, in dem die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft in ihrem der Wahrheit verpflichteten Bemühen um die Beschreibung gesellschaftlicher Zusammenhänge schwindet, verlieren die Bewegungen ihre potenziell stärkste Verbündete bei der Suche nach progressiven gesellschaftlichen Alternativen – die Universität. Um also wirklich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen, müssen die berufstätigen Intellektuellen sich von den Anrufungen der politischen Kräfte und Felder frei machen.

Drittens – und jetzt stärker auf die EKW fokussiert – kann Kollaboration den Charakter der Beziehungen zwischen Ethnograf_innen und Akteur_innen in den Forschungsfeldern verschleiern. Natürlich sind Forscher_innen immer auf die ein oder andere Weise situiert: Sie haben mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zufällig ihr Feld ausgesucht und hatten sich meistens im Vorhinein positioniert. Wenn sie aber im Feld nicht als diejenigen auftreten, die im Auftrag der Wissenschaft kommen, sondern z. B. als Mitstreiter_innen, dann entstehen zwei erkenntnistheoretische Probleme: Zum einen bleiben zentrale Charakteristika der Produktionsverhältnisse der Wissenschaft wie Ausschluss, Karriere und Autor_innenschaft unsichtbar. Zum anderen verändert sich mit dem kollaborativen Methodenkanon das zentrale Erkenntnisinstrument der EKW. Klassischerweise leiten wir in der Ethnografie die Beschreibung der sozialen Welt aus der Analyse der gesellschaftlichen Beziehungsformen ab, die auf Begegnungen mit anderen Akteur_innen beruhen. Wenn aber Kollaboration heißt, von vornherein eine politische Haltung einzunehmen, die mit den Sichtweisen des Forschungsfeldes übereinstimmt, dann begegnet die_der Ethnograf_in in den Beziehungen im Feld nicht mehr dem Fremden, sondern er macht sich mit dem Gegenüber gemein und konstruiert ihn so als das Eigene. Solche Forschung bestätigt sich letztlich nur selbst.

Heißt das, dass wir zur vermeintlich „neutralen Wissenschaft“ zurückkehren und die ethnografische Forschung erst einmal möglichst unparteiisch vollziehen sollen, um die Autonomie der Wissensproduktion zu erhalten? Dafür plädieren etwa Marion Näser-Lather und Timo Heimerdinger. Sie möchten die wissenschaftlichen Standards festgelegt bzw. verschärft sehen, die beobachtete Welt aus einer „analytischen Distanz“, sogar mit einem „kalten Blick“ dokumentieren und während der

Forschung möglichst wenig eingreifen. Durch methodische Stringenz und Gütekriterien könne die Unterscheidung zwischen Meinungsäußerung und Forschungsergebnis besser vollzogen werden.

Bereits in den 1960er-Jahren des postnazistischen Deutschlands wurden diese Fragen in der Soziologie und einem Teil der Volkskunde unter dem Stichwort empirischer Positivismus diskutiert. Es scheint, dass heute die beiden Positionen wieder in den methodologischen Auseinandersetzungen der beiden Fächer zurückkehren: Einerseits wird Wissenschaft als engagierte Praxis der besseren Zukunft verstanden und andererseits als akademische Praxis, die auf normative Maßstäbe setzt und die Autonomie der Wissenschaft verteidigt.

Da Kategorien, Fragestellungen und methodisches Vorgehen die Produkte der Gesellschaft, die wir zu beschreiben versuchen, sind, können die widersprüchlichen Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Wissenschaft nicht durch eine stringente Vorgehensweise gelöst werden. Deshalb schlage ich vor, eine dritte, dialektische Perspektive in die Diskussion einzubringen und den Begriff der immanenten Kritik in der Disziplin zu stärken. Ethnografie können wir somit als ein Instrument verstehen, das ausgehend von den bestehenden Verhältnissen versucht, eine andere Wirklichkeit anhand der Analyse der Beziehungsformen zu denken, ohne dabei die Suche nach Wahrheit und einer besseren Gesellschaft aus den Augen zu verlieren.

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.11>